

Lieber Peter,
Deinen Brief habe ich teils mit schmunzelndem Kopfschütteln, teils mit zaghaftem Verständnis, teils mit voller Zustimmung gelesen. Wir sind halt doch beide Querköpfe. Zum Kopfschütteln: Du willst die Argumente von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, dass die geplante Pkw-Maut für Ausländer gegen Europarecht verstoße und die Ungleichbehandlung deutscher Fahrzeughalter unsachgemäß sei (weil es je nach Gewichtsklasse Pkw-Maut oder gar keine Belastung oder Lkw-Maut gibt), damit zu widerlegen versuchen, dass Schäuble in Karlsruhe auch schon Niederlagen einstecken musste und damit seine juristische Autorität eingebüßt habe. Gemach, gemacht! Du hast zwar in Karlsruhe schon stolze Siege und beachtliche Teilerfolge erstritten, mit denen Du auch Verdienste um den deutschen Parlamentarismus erworben hast – zu denen ich Dir respektvoll gratuliert habe –, aber unfehlbar bist Du deshalb noch lange nicht, wie in dieser Woche Deine Niederlage vor dem Bayerischen

Verfassungsgericht zeigt. (Und dabei hattest Du keineswegs für die Rechte des Parlaments gestritten, sondern im Gegenteil seine Befugnisse, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, beschneiden wollen. Also Vorsicht!)

Schäuble ist doch mit seinen Bedenken nicht allein. Er hat fast den gesamten Deutschen Bundesrat auf seiner Seite, dessen Zuständigkeiten bei diesem Thema allerdings noch unklar sind. Eine seriöse Regierungspartei, die der Bundesregierung schon seit vielen Jahren angehört, hätte halt vor der Wahl die Meinung der zuständigen Ministerien in Bund und Ländern eingeholt, bevor sie Versprechungen in die Welt setzt, die sich dann als unerfüllbar erweisen. Aber Ihr wolltet es ja so und seid – rein wahlpolitisch betrachtet – bislang damit nicht schlecht gefahren. Bislang! Aber jetzt kommen die Monate der Wahrheit und da muss Euch in der Sache schon noch etwas einfallen ...

Zögerlich ist mein Verständnis beim Thema Schottland. Hier geht es zwar nicht wie bei der Lega Nord in Italien um den Versuch einer rei-



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Briefwechsel

Kleinstaaterei als neues Traumziel?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

chen Region, sich von den lästigen Armen des Landes abzukoppeln, aber doch um den Versuch, die Landkarte Europas immer kleinteiliger zu gestalten. Dafür können beachtliche geschichtliche und kulturelle Gesichtspunkte vorgebracht werden sowie der allgemeine Grundsatz, dass Gemeinwesen überschaubar sein

sollen und nicht von fernen Zentralen regiert werden mögen. Dieser Grundsatz ist ja von mir oft genug vorgetragen worden, wenn es um die Selbstverwaltung der Kommunen ging, die nicht von einer Landesregierung oder gar der Bundesregierung geschurigelt werden wollen. Wer will schon widersprechen, wenn

es in fröhlicher Aufbruchsstimmung heißt: Schottland den Schotten!

Aber wollen wir wirklich den Weg einschlagen, Nationalstaaten zu zerlegen und die europäische Vielstaaterei um weitere Staaten – mit neuen Minderheitsproblemen – zu „bereichern“? Wird das die Handlungsfähigkeit des Kontinents stärken? Wie gesagt: Ich hege Sympathien und beachtliche Zweifel.

Brisanter für den deutschen Diskurs ist aber, was Du unter Berufung auf den Zeugen Solschenyzzin über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine schreibst. Die gängige Rollenverteilung zwischen dem russischen Schurken und den ukrainischen Opfern haben wir schon des öfteren problematisiert und der Brief Solschenyzzins, den Du ausgegraben hast, ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass Schnellurteile nicht weiterhelfen. Aus Solschenyzzins richtiger Feststellung, dass vor allem die Krim, aber auch andere Teile der Ukraine geschichtlich russischer und nicht ukrainischer Herkunft sind, sollte man aber auch nicht sofort schließen, dass die Wieder-

herstellung einstiger historischer Zugehörigkeiten das Gebot der Stunde sei. Was ist nicht in Europa und im Nahen Osten schon alles an Unheil angerichtet worden mit dem Versuch, frühere Zustände wieder herzustellen ohne Respektierung der zwischenzeitlich entstandenen territorialen Souveränität. Also auch hier: Vorsicht! Selbst das Wort eines im Westen hochgeschätzten Dissidenten kann zwischenzeitliche Prozesse nicht ungeschehen machen.

Justament-Standpunkte stehen einvernehmlichen Lösungen im Wege, sollten im Interesse eines für beide Seiten nützlichen Ausgleichs auch mal zur Disposition gestellt werden. Wohlgermerkt auf beiden Seiten! Und unter Berücksichtigung der wechselseitigen Stabilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse.

Deswegen sind Sanktionen ein bedenklicher Weg. Sie werden mit Sanktionen beantwortet werden, die wiederum nach weiteren Sanktionen schreien. Das kann zu vielem führen, aber vorhersehbar nicht zur Lösung der Konflikte.

Herzlich Dein Christian